

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
1 <i>Einleitung</i>	1
2 <i>Die Lage der Banken in Deutschland gegen Ende des Krieges und unmittelbar nach der Kapitulation</i>	4
2.1 Die Deutsche Reichsbank	4
2.2 Die Geschäftsbanken	6
3 <i>Völkerrechtliche Grundlagen der Besatzung</i>	8
3.1 Entwicklung der Beziehungen der Besatzungsmächte bis zur Kapitulation	8
3.2 Das »Agreement on Control Machinery in Germany« der European Advisory Commission vom 14. November 1944 und die Übernahme der Staatsgewalt mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945	9
3.3 Das Potsdamer Abkommen	11
3.4 Die Haager Landkriegsordnung	13
4 <i>Amerikanische und westalliierte Konzepte für eine Neustrukturierung des Bankwesens</i>	15
4.1 Übersicht über die Planungen Anfang 1944	15
4.2 Die Revision des SHAEF-Handbuchs anlässlich der Auseinander- setzungen über die künftige Deutschlandpolitik	16
4.3 Die amerikanische Direktive JCS 1067	18
4.4 Der Basic Preliminary Plan als Konzept für die amerikanische Besatzungspolitik?	22
5 <i>Der organisatorische Aufbau der amerikanischen Militärfinanz- verwaltung und die Frage der Reorganisation der Deutschen Reichsbank</i>	25
5.1 Aufbau und Umstrukturierung der amerikanischen Militär- finanzverwaltung	25

5.2	Erste Auseinandersetzungen innerhalb der amerikanischen Militärregierung über die Organisation des Zentralbanksystems	30
6	<i>Die Verhandlungen über eine Neuorganisation des Bankwesens auf Viermächteebene</i>	34
6.1	Aufbau des Finanzdirektorates des Alliierten Kontrollrates	34
6.2	Erste Vorschläge von Dodge im Alliierten Kontrollrat Ende 1945	35
6.3	Die Aufnahme der amerikanischen Vorschläge	36
6.4	Die Hintergründe für die unterschiedlichen Positionen der Alliierten	38
6.5	Der sog. 2. Dodge-Plan – Der Vorschlag einer Länderunionbank (Vereinigung der Länderbanken – V. L. B.)	39
6.6	Die Diskussionen im Finanzdirektorat und im Banking Committee über die Länderunionbank	42
6.7	Die Einbringung eines neuen Vorschlages, der sog. 3. Dodge-Plan	44
6.8	Die weitere Diskussion im Finanzdirektorat und im Coordinating Committee	45
6.9	Das Scheitern der Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat	48
7	<i>Die Entstehung von Landeszentralbanken in der amerikanischen Zone</i>	50
7.1	Der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone	50
7.1.1	Die Entstehung einer Koordinierungsinstanz für die Länder der amerikanischen Zone	50
7.1.2	Der Länderrat als Legislativorgan	53
7.2	Die amerikanischen Vorgaben zur Dezentralisierung des Bankwesens und die Aufnahme dieser Vorschläge	55
7.2.1	Der sog. 1. Dodge-Plan vom 1. November 1945	55
7.2.2	Die erste Stellungnahme Württemberg-Badens	58
7.2.3	Die Ansicht Großhessens zur Dezentralisierung der Banken	61
7.2.4	Kompetenzverlagerung im Bereich der Bankaufsicht in Württemberg-Baden auf die Reichsbankhauptstelle Stuttgart	62
7.2.5	Erste Beratungen des Dodge-Planes im Bankenausschuss des Länderrats	64
7.2.6	Die Stellungnahme Bayerns	65
7.2.7	Ein Gesetzentwurf über die Errichtung der württembergisch-badischen Landeszentralbank und die Einbringung der Vorschläge in den Bankenausschuss des Länderrates	68
7.2.8	Ein Gesetzentwurf über die Errichtung der Landeszentralbank für Großhessen	71
7.2.9	Das Drängen der amerikanischen Militärregierung auf die Umsetzung der Vorgaben	72
7.2.10	Die Ausarbeitung des Gesetzes im Bankenausschuss	74

7.3	Die Verabschiedung des Gesetzes durch den Länderrat und der Sonderweg Bayerns	78
7.4	Ablehnung des Gesetzes durch die amerikanische Finanzabteilung und Aufforderung zur Nachbesserung	80
7.4.1	Unstimmigkeiten bezüglich der Eingabe des Gesetzes an die Militärregierung	80
7.4.2	Trat das vom Länderrat beschlossene Gesetz in Kraft?	81
7.4.3	Persönliche Erläuterungen von Dodge zur geplanten Währungsreform sowie den geforderten Änderungen im Landeszentralbankgesetz	82
7.4.4	Detaillierte Vorgaben der amerikanischen Finanzabteilung	83
7.4.5	Ein neuer Gesetzentwurf von Württemberg-Baden	89
7.4.6	Die Beratung in den Ausschüssen über diesen Entwurf	93
7.5	Erneute Ablehnung des Entwurfs durch die amerikanische Finanzabteilung und anschließende Durchsetzung ihrer Vorstellungen	96
7.5.1	Abstimmung zwischen der amerikanischen Finanzabteilung und den Ausschüssen des Länderrates	97
7.5.2	Unklarheiten bei der Umsetzung des Gesetzes und erneute Abänderungen	100
7.5.3	Die Verabschiedung der Landeszentralbankgesetze in den Ländern	105
8	<i>Der Beginn der Tätigkeit der Landeszentralbanken am Beispiel der Landeszentralbank von Württemberg-Baden</i>	107
8.1	Die Verordnung Nr. 513 des württembergisch-badischen Finanzministeriums vom 24. Dezember 1946	107
8.2	Das Grundkapital der Landeszentralbank	109
8.3	Die Bilanzstruktur und die wirtschaftliche Situation der Landeszentralbank von Württemberg-Baden	110
8.4	Die gemeinsame Verrechnungsstelle der Landeszentralbanken	111
9	<i>Das Gesetz über die Errichtung der Landeszentralbanken – ein rechtswidriges Gesetz?</i>	113
10	<i>Die Entwicklungen des Notenbankwesens in den anderen Besatzungszonen</i>	118
10.1	Die britische Zone	118
10.1.1	Überblick über die britische Militärregierung und die Beteiligung deutscher Stellen an der Verwaltung der Besatzungszone	118

10.1.2 Die Reichsbankleitstelle für die britische Zone in Hamburg	120
10.1.3 Die Frage der Dezentralisierung des Bankwesens in der britischen Zone	124
10.2 Die französische Zone	129
10.2.1 Aufbau der französischen Militärregierung	129
10.2.2 Die Aufwertung der Reichsbankstellen von Kaiserslautern und Freiburg zu Reichsbankhauptstellen	130
10.2.3 Die Leitstelle der Reichsbank für die französische Zone in Speyer	130
10.2.4 Die Errichtung von Landeszentralbanken	132
10.2.5 Der Beitritt der Landeszentralbanken zur Bank deutscher Länder	141
10.3 Die sowjetische Zone	141
11 Amerikanische Ermittlungen gegen Vertreter des Bankwesens	145
11.1 Vorbereitung von Ermittlungen gegen Industrielle und führende Vertreter der Bank- und Finanzwelt	145
11.2 Die Vielzahl der Ermittlungstätigkeiten nach der Besetzung	146
11.3 Ergebnisse der Ermittlungen gegen die Großbanken	147
11.4 Aufspaltung der Großbanken und Restauration in der Bundesrepublik	149
12 Die Neuausrichtung der amerikanischen Besatzungspolitik mit der Direktive JCS 1779	151
13 Die Entwicklung zu einer zonenübergreifenden Zentralbank	153
13.1 Die Entstehung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Überblick	153
13.2 Die Frage des Notenbankwesens in der Bizone	154
13.2.1 Die anfängliche Befassung des Gemeinsamen Deutschen Finanzrates mit der Bankenharmonisierung	155
13.2.2 Die Auseinandersetzung um die Bankenharmonisierung zwischen der amerikanischen und britischen Militärregierung	157
13.3 Die abschließende Neuorganisation des Zentralbankwesens in der Bizone	170
13.3.1 Die Einbindung deutscher Stellen in die Gestaltung der Zentralbank	170
13.3.2 Die Diskussionen über das Zentralbanksystem bei den deutschen Stellen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets	174
13.3.3 Das Gutachten der Sachverständigen-Kommission zu dem Gesetz über die Errichtung der Länderunionbank	177

13.4 Die militärgesetzliche Umsetzung und die deutsche Reaktion	181
13.4.1 Die Endfassung des Gesetzentwurfs und die Berücksichtigung gewisser deutscher Änderungswünsche	181
13.4.2 Die Bekanntgabe der Gründung der Bank deutscher Länder und die Errichtung der Alliierten Bankenkommission	182
13.4.3 Die deutsche Reaktion auf die Neugestaltung des Zentralbankwesens	184
13.5 Die Anpassung des Zentralbankwesens in der britischen Zone mit der Errichtung von Landeszentralbanken durch die Verordnung Nr. 132	186
14 <i>Besonderheiten der Bank deutscher Länder</i>	187
14.1 Die Rechtsform der Bank deutscher Länder	187
14.2 Der Aufbau der Bank deutscher Länder	190
14.3 Der Sitz der Notenbank	191
15 <i>Der Beginn der Geschäftstätigkeit der Bank deutscher Länder</i>	194
15.1 Die schwierige Besetzung der Führungsspitze der Bank deutscher Länder und erste Änderungsforderungen	194
15.2 Die Erweiterung der Zuständigkeiten durch das Emissionsgesetz und erste Änderungen der Militärgesetze über die Errichtung der Bank deutscher Länder	199
15.3 Die gesetzliche Neuregelung nach Wegfall der alliierten Kontrolle über die Bank deutscher Länder	203
16 <i>Die Änderungen der Gesetze über die Errichtung der Landeszentralbanken</i>	206
16.1 Der Antrag Hessens im süddeutschen Länderrat zur Änderung der personellen Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Landeszentralbanken	206
16.2 Erste Fristverlängerung für die Veräußerung der Anteilscheine an Kreditinstitute	207
16.3 Die juristische Qualifikation der Landeszentralbankgesetze	209
16.4 Das Gesetz Nr. 66 der amerikanischen Militärregierung, die Änderung der britischen Verordnung Nr. 132 sowie die französische Verordnung Nr. 209	210
16.4.1 Erstellung eines deutschen Entwurfs zur Anpassung der Landeszentralbankgesetze und die Diskussion im Sonderausschuss Bankaufsicht	210
16.4.2 Die Ausarbeitung eines einheitlichen Entwurfs durch die Bank deutscher Länder und die Umsetzung eigener Vorstellungen der Militärregierungen	212

16.5	Nochmalige Fristverlängerung für die Veräußerung der Anteilscheine durch den Rat der Alliierten Hohen Kommission	216
16.6	Abstandnahme von der Veräußerung der Anteilscheine	216
16.7	Die Berliner Zentralbank	217
16.8	Der Zusammenschluss der Landeszentralbanken von Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern anlässlich der Bildung des Landes Baden-Württemberg	218
17	<i>Die Liquidation der Deutschen Reichsbank</i>	220
17.1	Die Vereinheitlichung der Treuhandverwaltung für die Deutsche Reichsbank	220
17.2	Der lange Weg zur gesetzlichen Auflösung der Deutschen Reichsbank	221
17.2.1	Der erste Gesetzentwurf der Bundesregierung	221
17.2.2	Existierte die Deutsche Reichsbank überhaupt noch – oder war sie »de facto und de jure bereits tot«?	224
17.2.3	Die Auflösung der Deutschen Reichsbank durch Liquidationsbeschluss der Hauptversammlung?	225
17.2.4	Gegenargumente gegen den Entwurf der Bundesregierung	226
17.2.5	Der neue Anlauf in der folgenden Legislaturperiode	229
17.3	Das Fortbestehen der Reichsbank als Rechtsperson	231
18	<i>Zusammenfassung</i>	233
	Quellenverzeichnis	239
	Literaturverzeichnis	244
	Sachregister	250